

**Heidemarie Beyer, MdL:** Ich komme aus Güstrow, aus Mecklenburg-Vorpommern, bin Jahrgang 1949, in Thüringen geboren und habe in jeden der neuen Bundesländer länger als drei Jahre gelebt. Ich habe mich den Anforderungen des Lebens gestellt. Nach der 10. Klasse habe ich ein diakonisches Jahr in den Neinstedter Anstalten gemacht. Danach bin ich hier in Radebeul bei Dresden als Gemeindehelferin ausgebildet worden, und ich freue mich natürlich deshalb besonders, daß die Enquete-Kommission gerade heute hier in Dresden tagt. Nach meinem Examen war ich in der evangelischen Kirchengemeinde in Wittenberg/Pisteritz in der Kinder-, Jugend-, Familien-, Frauen- und Gemeindearbeit tätig. Später habe ich die Berufstätigkeit für die Erziehung meiner vier Kinder unterbrochen. Danach habe ich in Wichernheim bei Frankfurt an der Oder ein Förderbereich für bildungsunfähige Kinder, die bis dahin noch keinerlei Förderung erfahren hatten, aufgebaut. Desweiteren habe ich behinderte Paare, die in einer Partnerschaft zusammenleben wollten, begleitet. Bereits Anfang der 80er Jahre habe ich „betreutes Wohnen für Behinderte“ am Rande unserer Einrichtung ermöglicht und dieses begleitet. Danach bin ich nach Güstrow gezogen. Dort habe ich in der Behindertenwerkstatt gearbeitet, und habe Familien mit Behinderten betreut und begleitet – ehrenamtlich, das gab es auch schon in der DDR. Meine Erfahrungen aus meiner persönlichen, privaten und beruflichen Tätigkeit waren für mich Motivation, die Wende aktiv herbeizuführen. Ich habe die SPD in Güstrow mitgegründet. Für mich waren diese Erfahrungen auch ein Grund dafür, aktiv in die Politik einzusteigen.

Ich bin seit 1990 im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern in der SPD-Fraktion. Um die Folgen des Wandels von Arbeitsmarkt und Sozialordnung für Frauen deutlich zu machen, möchte ich ganz kurz noch einmal auf das Leben in der DDR eingehen. Nur auf diese Weise werden die Folgen des Umbruchs deutlicher.

„Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben die gleiche Rechtsstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens. Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe“ – dieser Anspruch war in der Verfassung der DDR garantiert“ (Art. 20, Abs. 2). Davon ausgehend war es für Frauen in der DDR eine Selbstverständlichkeit, einen Beruf zu erlernen und berufstätig zu sein, eine Selbstverständlichkeit, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, eine Selbstverständlichkeit, über ein breites Netz von Ganztagsbetreuung zu verfügen und eine Selbstverständlichkeit, eine eigene Alterssicherung zu haben.

Alle diese sozialpolitischen Erleichterungen in der DDR haben für Frauen Möglichkeiten der Selbstbestimmung eröffnet, aber sie haben das Geschlechterverhältnis als Machtverhältnis nicht verändert. Frauen durften auch Männerarbeit verrichten. Männer mußten sich aber nicht ändern. „Vater Staat“ gab den Frauen das, was er für sie als richtig und gut empfand, und Frauen sollten dafür dankbar sein.

Der hohe Anteil von 91,3 % erwerbstätiger Frauen Ende der 80er Jahre folgte dem „gesellschaftlichen Erfordernis“ und der frauenpolitischen Umsetzung des Gleichberechtigungsanspruchs. Er war darüber hinaus Ergebnis wachsender materieller Bedürfnisse, die ökonomische Zwänge setzten. Vor dem Hintergrund einer inflationären Preisentwicklung – trotz wachsender Einkommen – brauchte ein normaler Familienhaushalt ein Doppелеinkommen. Er war schließlich auch das Ergebnis eines allmählichen Interessen-, Wert- und Einstellungswandels der Geschlechter im Hinblick auf den Gleichberechtigungsanspruch von Frauen, der übereinstimmende und gemeinsame Lebensentwürfe prägte.

Trotzdem war in der DDR die juristische, keinesfalls die faktische Gleichstellung realisiert. Obwohl das Ziel der Gleichberechtigung nicht erreicht wurde, stellten Frauen zunehmend selbstbewußt ihren Anspruch auf ein eigenes Berufsleben, auf ökonomische und soziale Unabhängigkeit und auf eine eigene soziale Position. Ein wichtiger historischer Zugewinn, den Frauen freiwillig nicht mehr aufzugeben bereit sind.

Das Engagement von Frauen in der Wende war keinesfalls von dem Willen getragen, diese „Errungenschaften der DDR“ abzuschaffen. Viele hatten die Vision von gerechteren, demokratischen, freiheitlichen Lebensverhältnissen ohne Gängelei und Bevormundung. Die Verbesserung der Kindereinrichtungen, nicht deren Abschaffung, nicht Teilzeitarbeit und Entlassung, Arbeit entsprechend der Qualifikation, nicht nach dem Parteibuch, eine Schulbildung mit Bezug zum Leben ohne ideologische Beeinflussung, das waren ihre Ziele.

Mitbestimmung sowie die notwendige Verbesserung der materiellen Situation, der Lebens- und Arbeitsbedingungen, aber ebenso die Wahrnehmung eigener kultureller Freiräume bestimmten das Handeln von Frauen. Statt dessen brachte der gesellschaftliche Umbruch die Entwertung der eigenen Erfahrungen, des eigenen Lebens, der gewohnten Berufsbiographie ihres Wissens und Könnens.

Eine Frau mit Fachschulabschluß, Jahrgang 1955, zwei Kinder, macht folgende Aussage:

„Die ganze Einstellung zum Leben ist anders geworden. Die Sicherheit, die man in der früheren DDR hatte, ist weg. Man hat eben Angst um seinen Arbeitsplatz, man hat Angst um seine Wohnung. Man hat mehr Angst, daß es mit den Kindern nicht so gerade geht, wie man sich das wünscht. Früher war eben der Weg vorgezeichnet. Wenn man geheiratet hat, irgendwann hat man mal eine Wohnung bekommen, die Berufsausbildung, die Qualifizierung, man bekam sie eben, wenn man sich darum bemühte und nicht negativ auf der Arbeit auffiel.“

Mit dieser selbstverständlichen DDR-Sicherheit war es nach der Wende vorbei. Vieles, was als normal galt, verschwand. Zum Teil von einem Tag zum anderen. Individuell und gesellschaftlich wurden bisherige Orientierungen außer Kraft gesetzt und mußten neue gefunden werden. Wie aus dem eben zi-